

## **Gemeinsamer Appell von Partnern der Gebäude-Allianz zur Bundestagswahl 2025**

# **Für eine verlässliche & bezahlbare Wärmewende: Planbarkeit & soziale Gerechtigkeit statt Rückschritt**

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl am 23. Februar 2025 möchten wir als breites Bündnis mit unseren Forderungen Antworten auf die drängenden sozial-, klima-, wirtschafts- und verbraucherpolitischen Herausforderungen im Gebäudesektor liefern.

Mit Sorge betrachten wir die Ankündigungen im aktuellen Wahlkampf, das "Heizungsgesetz" zurückzunehmen und die dahinterliegende Förderlandschaft zu destabilisieren. Wir stellen uns gegen die Forderung einiger Akteure, die die Einsparung von Energie für entbehrlich halten und eine alleinige Ausrichtung der Klimaschutzpolitik in Gebäuden anhand der CO<sub>2</sub>-Einsparungen als ausreichend darstellen. Damit wird die Akzeptanz, Planbarkeit, Bezahlbarkeit und den Erfolg der Wärmewende erneut aufs Spiel gesetzt.

Bürger:innen und Unternehmen benötigen jetzt rechtliche und finanzielle Zuverlässigkeit, um der Wärmewende den erforderlichen Schwung zu verleihen und sie sozial gerecht auszugestalten. Eine eindeutige und langfristig ausgerichtete Weichenstellung ist zudem notwendig, um in den entsprechenden Gewerken Kapazitätsaufbau und Qualifizierung zu stimulieren.

Statt das Rad zurückzudrehen ist es vielmehr unerlässlich, dass die nächste Bundesregierung weitere wirksame Maßnahmen im Gebäudesektor ergreift, um die im Klimaschutzgesetz festgelegten Ziele zu erreichen und die Verpflichtung gemäß den Effort-Sharing-Zielen der EU zu erfüllen. Die kommende Bundesregierung muss sowohl die Versorgung mit erneuerbarer Wärme ankurbeln als auch den Energieverbrauch in Gebäuden reduzieren. Dies wird umso dringlicher durch die Einführung des Emissionshandels im Gebäudebereich (ETS II), damit Verbraucher:innen vor steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen geschützt werden. Auch mit der Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie muss ein Rahmen geschaffen werden, der diese Herausforderungen adressiert.

Als Partner der Gebäude-Allianz fordern wir deshalb:

## **1 Vertrauen in die Wärmewende stärken und Planbarkeit ausbauen**

Private Eigenheimbesitzende dürfen mit den Herausforderungen einer energetischen Sanierung nicht allein gelassen werden. Sie brauchen langfristig abgesicherte, sozial gestaffelte Förderung, gute Beratung und klare Anforderungen, um Investitionsentscheidungen zu treffen und unterstützt zu werden. Auch Handwerk und Bausektor benötigen Planungssicherheit, um Kapazitäten aufzubauen. Gerade jetzt, wo die Baukonjunktur schwächelt, können energetische Sanierungen zum wichtigen Motor werden. Dafür braucht es verstetigte Förderung und verbindliches Ordnungsrecht. Ohne sie bleiben Unsicherheit und fehlende Investitionen bestehen. Ankündigungen, lange verhandelte Vorgaben im Gebäudeenergiegesetz und Wärmeplanungsgesetz zurückzunehmen, mindern das Vertrauen in die Klimaschutzpolitik, das Gelingen der Wärmewende und die Planungssicherheit von Unternehmen.

# **Gemeinsamer Appell von Partnern der Gebäude-Allianz zur Bundestagswahl 2025**

## **2 Energetische Sanierung ambitioniert umsetzen – Effizienzstandards schützen**

Um die Wirtschaft anzukurbeln, das Klima zu schützen und Energiearmut zu reduzieren, müssen Vorgaben aus der europäischen Gebäuderichtlinie (EPBD) schnellstmöglich und ambitioniert umgesetzt werden. Es gilt, die Sanierungsquote zu erhöhen und ambitionierte Sanierungen anzuregen, mit denen nicht nur die Wärmeversorgung auf erneuerbare Quellen umgestellt wird, sondern die auch den Energieverbrauch erheblich reduzieren. Damit die Energiewende nachhaltig, bezahlbar und sicher gelingt sind Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden unverzichtbar. Die größte Wirkung hat ein Fokus auf die energetisch schlechtesten Gebäude. Gebäudebezogene Mindesteffizienzstandards auch für Wohngebäude sind deshalb unerlässlich.

## **3 Die Förderung der Gebäudetransformation muss langfristig gesichert werden**

Neben dem Beschluss gesetzlicher Mindeststandards für die Effizienz von Gebäuden muss eine neue Ära für eine sozial gerechte und langfristig gesicherte Förderpolitik auch für die energetische Sanierung eingeleitet werden. Eigentümer:innen, Bauwirtschaft, Industrie, Energiedienstleister, Handwerk und Investor:innen brauchen Planungssicherheit. Dafür ist eine langfristige Sicherung der Förderprogramme notwendig. Zentral ist dabei die effiziente Umstellung auf Erneuerbare Wärmeträger zu ermöglichen, ohne die Bevölkerung zu überlasten. Dafür muss eine ganzheitliche Sanierung der ineffizientesten Gebäude priorisiert werden und eine gezielte finanzielle Unterstützung für schutzbedürftige Haushalte erfolgen.

## **4 Sozialverträglichkeit der energetischen Modernisierung von Mietwohnungen sicherstellen**

Das Mieter-Vermieter-Dilemma muss endlich gelöst werden. Mietende benötigen die Sicherheit, dass Sanierungen keine unbezahlbare Erhöhung der Warmmiete zur Folge haben. Gleichzeitig brauchen Vermietende effektivere Anreize, um in die energetische Sanierung ihrer Immobilien zu investieren. Nur so wird ein fairer Interessenausgleich und eine beidseitige Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen gewährleistet.

## **5 Vorbildfunktion der öffentlichen Hand erfüllen und gemeinnützige Träger zielgerichtet unterstützen**

Gebäude der öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialen Infrastruktur, wie Schulen und Kitas, Krankenhäuser und Sportstätten, müssen zügig energieeffizient und damit zukunftsfest modernisiert werden, wie es auch die europäische Energieeffizienzrichtlinie (EED) und die europäische Gebäuderichtlinie (EPBD) vorschreiben. Dafür braucht es eine angemessene Unterstützung für Kommunen und gemeinnützige Träger.

## Gemeinsamer Appell von Partnern der Gebäude-Allianz zur Bundestagswahl 2025

Die **Gebäude-Allianz** ist eine verbandsübergreifende Initiative, die von über 30 Umweltorganisationen, Verbraucherinitiativen, Sozial- und Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Unternehmen getragen wird. Ziel ist, sozial gerechten Klimaschutz im Gebäudesektor zum festen Bestandteil einer integrierten Klimaschutz- und Energiepolitik zu machen. Wohn- und Nichtwohngebäude müssen stärker und gezielter als bisher von den drei Säulen „Information und Beratung“, „Fördern“ und „Fordern“ adressiert werden.

Folgende Bündnispartner der Gebäude-Allianz unterzeichnen den gemeinsamen Appell:



**Stand:** Februar 2025

**Kontakt:** Daniel Edwin Moser, Tel.: +49 151 15285906, E-Mail: moser@duh.de